

Landratsamt Vogtlandkreis Amt für Jugend und Soziales Sachgebiet V Postplatz 5 08523 Plauen	Aktenzeichen	Eingangsstempel
	Zutreffendes ankreuzen <input checked="" type="checkbox"/> und in Blockschrift ausfüllen	

 Erstantrag

 Änderungsantrag zum o.g. Aktenzeichen

Antrag auf

 Feststellung einer Behinderung, des Grades der Behinderung (GdB), gesundheitlicher Merkmale/ Merkzeichen und die Ausstellung eines Schwerbehindertenausweises nach § 69 Neuntes Buch Sozialgesetzbuch (SGB IX).

Dieser Antrag

 erstreckt sich auf alle Gesundheitsstörungen, die durch ärztliche Unterlagen nachgewiesen werden.

 beschränkt sich auf die in diesem Antrag aufgeführten Erkrankungen (Beschränkung).

 die Feststellung der gesundheitlichen Voraussetzungen für die Inanspruchnahme der Parkerleichterung für besondere Gruppen schwerbehinderten Menschen.

 Ausstellung eines Schwerbehindertenausweises, weil eine Feststellung über das Vorliegen des Grades der Behinderung (GdB), Grad der Schädigung (GdS) oder die Minderung der Erwerbsfähigkeit (MdE) schon von einer anderen Verwaltungsbehörde, einem Unfallversicherungsträger (Berufsgenossenschaft) bzw. durch ein Gericht festgestellt wurde.

Höhe des/der festgestellten GdB/GdS/MdE	Feststellende Behörde	Geschäftszeichen und Datum der Feststellung

 Gewährung von Leistungen nach dem Sächsischen Landesblindengeldgesetz (LBlindG) wegen

 Blindheit

 hochgradiger Sehschwäche

 Gehörlosigkeit

 Schwerstbehinderung des Kindes

(Bei der Beantragung von Landesblindengeld bitte zusätzlich Anlage BL vollständig ausfüllen.)

Um sachgerecht über Ihren Antrag entscheiden zu können, werden von Ihnen Informationen und Unterlagen benötigt. Sie werden deshalb gebeten, den Antrag sorgfältig und vollständig auszufüllen, zu unterschreiben und uns die erbetenen Nachweise in Kopie zu überlassen.

Wir bitten Sie, uns auch ggf. vorliegende Befunde, Entlassungsberichte und andere medizinische Dokumentationen in Kopie zur Verfügung zu stellen.

Name, Vorname, ggf. Geburtsname	Geburtsdatum	derzeit erwerbstätig <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein
Straße, Hausnummer	Staatsangehörigkeit (Ausländische Staatsbürger bitte Bescheinigung der Ausländerbehörde beifügen.)	
Postleitzahl, Ort, Ortsteil	Geschlecht <input type="checkbox"/> weiblich <input type="checkbox"/> männlich	
Telefon	e-Mail-Adresse	

Name des gesetzlichen/bevollmächtigten Vertreters (sofern vorhanden)	Als Anlage füge ich bei: <input type="checkbox"/> Betreuungsurkunde <input type="checkbox"/> Vollmacht
Anschrift	Telefon

Welche nicht nur vorübergehenden körperlichen, geistigen oder seelischen Beeinträchtigungen werden von Ihnen geltend gemacht bzw. haben sich seit der letzten Feststellung wesentlich verschlimmert?	Schlüsselzahl
Bitte zu jeder Gesundheitsstörung die jeweils zutreffende Schlüsselzahl eintragen: 1 = angeborene Behinderung 2 = Arbeits- oder Dienstunfall (einschließlich Wegeunfall), Berufskrankheit 3 = Verkehrsunfall, soweit nicht Arbeits- oder Dienstunfall nach Nummer 2 4 = häuslicher Unfall, soweit nicht Arbeits- oder Dienstunfall nach Nummer 2 5 = sonstiger Unfall 6 = Kriegs-, Wehrdienst- oder Zivildienstschädigung, Impf-, Haft- Gewalttat- oder Verfolgungsschaden 7 = krankheitsbedingte Funktionsbeeinträchtigung 8 = sonstiges Ursache	

Infolge meiner Gesundheitsstörungen bin ich meiner Meinung nach (Merkzeichen)

Blind. (BL)
 gehörlos. (GL)
 hilflos. (H)

Pflegestufe liegt vor. Pflegestufe wurde beantragt.

Name der Pflegekasse:	
Anschrift:	
Mitgliedsnummer:	
Datum der Untersuchung:	

erheblich beeinträchtigt in der Bewegungsfähigkeit im Straßenverkehr. (G)
 außergewöhnlich gehbehindert, weil ich mich nur mit fremder Hilfe oder mit größer Anstrengung außerhalb meines Fahrzeuges bewegen kann. (aG)

auf die Benutzung des Rollstuhles angewiesen
 auf ständige Begleitung bei Benutzung von öffentlichen Verkehrsmitteln angewiesen. (B)

wesentlich sehbehindert. (RF)
 wesentlich schwerhörig. (RF)

wegen meiner Behinderung ständig gehindert, an öffentlichen Veranstaltungen jeder Art teilzunehmen. (RF)

ständig bettlägerig

bei Reisen mit der deutschen Bahn AG wegen Schädigungsfolgen i.S. des Bundesversorgungsbundesentschädigungsgesetzes auf die Unterbringung in der 1. Wagenklasse angewiesen. (1.KI)

Datum der Behandlung/ Behandlungszeitraum	Name und Anschrift des Hausarztes	behandelte Gesundheitsstörung

Datum der Behandlung/ Behandlungszeitraum	Name und Anschrift der behandelnden Fachärzte (z.B. Facharzt für Orthopädie, HNO-Arzt, Augenarzt...)	behandelte Gesundheitsstörung

Datum der Behandlung/ Behandlungszeitraum (der letzten 2 Jahre)	Name und Anschrift der Krankenhauses	behandelte Gesundheitsstörung

Datum der Behandlung/ Behandlungszeitraum (der letzten 2 Jahre)	Name und Anschrift der Kureinrichtung Kostenträger der Behandlung (z.B. Deutsche Rentenversicherung)	behandelte Gesundheitsstörung

Bei welchen bisher noch nicht angegebenen Stellen befinden sich weitere Unterlagen, insbesondere ärztliche Gutachten und Untersuchungsbefunde?

Datum der Untersuchung	Name und Anschrift der untersuchende Stelle (z.B. Gesundheitsamt, Rententräger, Agentur für Arbeit)	Geschäftszeichen

Wichtige Hinweise zur Antragstellung

Die erhobenen Daten werden elektronisch gespeichert. Ich versichere, dass ich alle Angaben nach bestem Wissen und Gewissen gemacht habe. Mir ist bekannt, dass wahrheitswidrige Angaben in diesem Antrag und den dazugehörigen Anlagen strafrechtlich verfolgt werden können und zu Unrecht empfangene Leistungen zurückgezahlt werden müssen.

Änderungen in den persönlichen Verhältnissen, insbesondere

- eine Besserung der angegebenen Funktionsbeeinträchtigungen
- die Änderung des Wohnsitzes oder gewöhnlichen Aufenthalts
- der Entzug eines ausländerrechtlichen Aufenthaltstitels
- die Beantragung bzw. der Bezug von gleichartigen Leistungen im Sinne des LBlindG
- die Beantragung bzw. der Bezug von Leistungen aus der Pflegeversicherung

sind unverzüglich unter Angabe entsprechender Nachweise mitzuteilen.

Ich nehme zur Kenntnis, dass medizinische Auskünfte und Unterlagen, die die Verwaltung im Zusammenhang mit dem Verfahren nach dem SGB IX oder LBlindG erhalten hat, nach den geltenden datenschutzrechtlichen Bestimmungen an andere Sozialleistungsträger übermittelt werden dürfen, soweit dies für die gesetzliche Aufgabenerfüllung der betroffenen Leistungsträger erforderlich ist (§§ 69 Abs.1, 76 Abs.2 Nr.1 SGB X).

Dieser Datenübermittlung an andere Leistungsträger kann von Ihnen widersprochen werden. Der Weitergabe kann auch noch später widersprochen werden.

Ich erhebe gegen diese Übermittlung Widerspruch.

Übergang von Schadenersatzansprüchen (Landesblindengeld)

Nach § 8 Abs.1 S.1 LBlindG in Verbindung mit § 116 SGB X gehen gesetzliche Schadenersatzansprüche, die Sie gegen den Verursacher des Gesundheitsschadens haben (z.B. der Unfallgegner), auf den Landkreis/kreisfreie Stadt bzw. den Freistaat Sachsen über, soweit Ihnen wegen dieses Gesundheitsschadens Leistungen nach dem LBlindG zu gewährt sind, die die behinderungsbedingten Mehraufwendungen im täglichen Leben ausgleichen sollen. Sie oder beauftragte Dritte dürfen daher über Schadenersatzansprüche gegen den Schadensverursacher insoweit nicht mehr verfügen, insbesondere keinen Vergleich schließen oder Zahlungen entgegennehmen, sofern hierdurch die auf die Verwaltung übergegangenen Schadenersatzansprüche berührt werden. Ein Verstoß dagegen kann eine Schadenersatzpflicht Ihrerseits gegenüber der Verwaltung begründen. Ansprüche auf Schmerzensgeld und Ersatz von Sachschäden dürfen jedoch ohne Einschränkung selbst gegenüber dem Schadensverursacher geltend gemacht werden.

Als Unterlagen zum Antragsformular sind beigefügt:

Anlage BL (nur erforderlich bei der Beantragung von Leistungen nach dem Landesblindengeldgesetz)

Vollmacht

Betreuungsurkunde/Betreuerausweis

Anlage Bescheinigung Ausländerbehörde (nur erforderlich für ausländische Staatsbürger und Grenzarbeitnehmer)

ärztliche Unterlagen

folgende noch nicht angeführte Unterlagen:

Datum

X

Unterschrift Antragsteller(in) oder

gesetzlicher Vertreter(in)

Eltern

Betreuer(in)

Pfleger(in)

bevollmächtigten Vertreters

Bitte vergessen Sie nicht die beiliegende Einwilligungserklärung zu unterschreiben, diese wird zur Anforderung der medizinischen Unterlagen zwingend benötigt.

Einwilligungserklärung

Zur Durchführung des Feststellungsverfahrens nach dem SGB IX und dem LBlindG ist es erforderlich, Unterlagen beizuziehen, die Auskunft über Ihren Gesundheitszustand oder über gewährte Sozialleistungen geben können (§ 67a SGB X). Die beigezogenen Unterlagen werden im Verfahren verarbeitet, gespeichert und ausgewertet. Sollten Sie die Einwilligung zur Beiziehung der Unterlagen verweigern, kann über Ihren Anspruch nach diesem Antrag nicht oder nur eingeschränkt entschieden werden. Deshalb benötigen wir von Ihnen **nachfolgende Einwilligungserklärung**.

Diese Einwilligungserklärung kann jederzeit schriftlich mit Wirkung für die Zukunft widerrufen werden.

Ich bin vorbehaltlich nachfolgender Erklärung damit **einverstanden**, dass die für meinen Wohnort für das Feststellungsverfahren nach dem SGB IX und dem LBlindG zuständige Behörde im Rahmen der Bearbeitung meines Antrages von Gerichten, Krankenanstalten/Krankenhäusern, Vorsorge- und Rehabilitationseinrichtungen, privaten Kranken- und Pflegeversicherungsunternehmen und anderen Leistungsträgern - welche ich im Antrag angegeben habe oder die aus den von mir überlassenen Unterlagen ersichtlich sind – medizinische Unterlagen aller Art und Akten **beizieht**, die für die Entscheidung über meinen Antrag benötigt werden.

Weiter bin ich **einverstanden**, dass die zuständige Behörde - **von meinen behandelnden Ärzten, Psychologen, Psychotherapeuten, Gutachtern, privaten Kranken- und Pflegeversicherungsunternehmen, Einrichtungen und Gerichten Auskünfte einholt und Unterlagen zur Einsicht beizieht**. Das schließt die Unterlagen ein, die diese Ärzte, Psychologen, Gutachter, privaten Kranken- und Pflegeversicherungsunternehmen, Einrichtungen und Gerichte von anderen Ärzten, , Psychologen, Psychotherapeuten, Gutachtern, privaten Kranken- und Pflegeversicherungsunternehmen, Einrichtungen und Gerichten erhalten haben.

Folgende Ärzte, Psychologen, Psychotherapeuten, Gutachter, Unternehmen, Einrichtungen und Gerichte schließe ich ausdrücklich von dieser Einwilligung aus:

Folgende Unterlagen schließe ich ausdrücklich von dieser Einwilligung aus:

Soweit sie durch diese Erklärung nicht ausdrücklich ausgeschlossen sind, entbinde ich die beteiligten Ärzte, Psychologen, Psychotherapeuten, Gutachter, Unternehmen, Einrichtungen und Gerichte von ihrer Schweigepflicht und stimme der Verwertung der Auskünfte und Unterlagen im Verwaltungsverfahren zu.

Untersuchungen und Begutachtungen, die während des laufenden Verfahrens stattgefunden haben, werde ich der für meinen Wohnort zuständigen Verwaltung des Landkreises/der kreisfreien Stadt umgehend mitteilen. Wenn ich bei dieser Mitteilung nichts Gegenteiliges erkläre, bin ich damit einverstanden, dass auch die Unterlagen über diese ärztlichen Untersuchungen angefordert werden können.

Datum

Unterschrift Antragsteller/in

Unterschrift des/der

- gesetzl. Vertreter(s) Bevollmächtigten
 Eltern
 Betreuer